



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Correspondenzen aus Holland.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

frühere Zeit sich kleinlich, aber sicher und gleichmäßig bewegte, sind verschwunden, die alten Schranken, welche bisher die freie Bewegung hemmten, sind gefallen und mußten fallen, aber mit der Proclamation bloß negativer Freiheit ist noch wenig gewonnen. Wir sind hinaus über den fahlen Begriff des Rechtsstaates, in dem das *laissez aller* die einzige Norm bildet. Der Staat soll positiv eingreifen, um das Wohl seiner Angehörigen zu stützen, soweit dies geschehen kann, ohne eine Klasse auf Kosten der andern zu begünstigen, und nirgends ist diese Pflicht dringlicher als bei der Klasse, welche durch ihre Capitallosigkeit andern gegenüber die schwächere ist. Der Staat ist der natürliche Vormund der wirthschaftlich noch Unmündigen. In dieser Eigenschaft hat er aber auch den Arbeiter anzuhalten, seine Pflichten gegen sich selbst zu erfüllen. Derselbe hat kein Recht, in den Tag hineinlebend jeden verdienten Groschen aufzuzehren und dann im Alter oder bei Krankheit den öffentlichen Anstalten zur Last zu fallen; er soll in der Zeit rüstigen Erwerbs für künftige schlechte Tage sorgen. Wenn der Staat die oben angeführte Beitragspflicht für unselbständige Arbeiter ausspricht, übt er damit so wenig Tyrannei wie durch die allgemeine Schul- oder Wehrpflicht; er wehrt nur von sich eine Last ab, die rein unerträglich werden müßte. Es ist recht eigentlich die Aufgabe unserer Tage, für die neue Gestaltung des wirthschaftlichen Lebens Formen zu schaffen: der freien Bewegung muß voller Raum gegeben werden, aber die Staatsgewalt hat darauf zu halten, daß jedem Recht auch eine Pflicht gegenüberstehe. Hierin liegt die wahre sittliche und politische Erziehung, und gewerbliche Klassen auf den gedachten Grundlagen würden unserer Ansicht nach wesentlich dazu beitragen den Verhältnissen der arbeitenden Klassen festern Halt zu geben und sie den Irrlehren socialistischer Volksbeglucker resp. Verderber zu entziehen.

### Correspondenz aus Holland.

Haarlem, Anfang August.

Man scheint sich im Auslande über die Stellung, welche die Niederlande zu dem belgisch-französischen Eisenbahnvertrage einnehmen, noch immer keinen richtigen Begriff bilden zu können. Das Amsterdamer „Handelsblad“ rief Angesichts der deutschen Zeitungsberichte aus Holland neulich aus: „Ist denn unter den vielen hier lebenden Deutschen keiner fähig und verständig genug, um, was man von uns zu vernehmen wünscht, in einer solchen Weise mitzutheilen, daß nicht ein Paar Zeilen nothwendig schon Irrthümer enthalten?“

Die „Rölnische Zeitung“ — und daran knüpfe ich zunächst an — theilte ihren Lesern nämlich mit, daß bei uns ein Streben zur Wiedervereinigung mit den flämischen Provinzen Belgiens bestehe, und daß wir uns deshalb etwaigen Absichten Frankreichs auf Belgien nicht widersetzen würden. Wer auch nur in den letzten Monaten unser politisches Treiben näher betrachtet hat, weiß, daß diese beiden Angaben gleich irrtümlich sind. An eine Vereinigung mit Flandern denkt hier nicht allein Niemand, sondern man würde sich derselben geradezu widersetzen. Die Parteien hier zu Lande haben bei den

letzten Wahlen einen beinahe ausschließlich religiösen Charakter angenommen. Die Conservativen und Ultramontanen hatten sich zum Angriff auf unsere confessionlose Schule gegen die Liberalen vereinigt. Bei dem Wahlkampfe — es mußte die zweite Kammer zur Hälfte erneuert und es mußten auch noch einige Mitglieder für neue Wahlbezirke gewählt werden — haben die Liberalen entschieden den Sieg davongetragen. Verschiedene Bezirke, die früher conservative Abgeordnete wählten, haben liberale Männer in die Kammer gesandt, so daß die ministerielle Partei — die Liberalen — die Majorität hat. Die Conservativen sind nicht durchweg gegen die confessionlose Schule gestimmt, sie werden diese, wenn es darauf ankommt, sogar hartnäckig verteidigen; sie hatten sich bei den Wahlen nur mit den Clericalen verbunden, um mit Hilfe dieser dem Ministerium einen Stoß geben zu können. Zählen wir nun die Mitglieder der verschiedenen Parteien in der nächsten Kammer, so haben die Clericalen, die eine Veränderung des Schulgesetzes wollen, höchstens über ein Viertel der Stimmen zu verfügen. Vielleicht werden noch einige Conservative mit ihnen stimmen, um die Fühlung mit ihnen zu erhalten, aber Gefahr für das Schulgesetz besteht durchaus nicht. Bei den Wahlen hat sich somit herausgestellt, daß die Holländer im Großen und Ganzen nicht nur liberal, sondern außerdem entschieden protestantisch, dem Ultramontanismus abgeneigt sind. Worauf sollte sich nun die ihnen zur Last gelegte Neigung zur Vereinigung mit dem stockkatholischen Flandern stützen? Glaubt man, wir hätten die Erfahrungen der Jahre 1820—30 vergessen? Nein, wir werden uns hüten, Nachbarn ins Haus zu rufen, die uns wegen unversöhnlichen Streits verlassen haben, mit denen wir nicht zusammen leben können, ohne sofort in Kampf zu gerathen.

Vor dem Jahre 1830 gebrauchten die belgischen Ultramontanen französische und liberale Sympathien zur Erlangung ihrer Ansprüche; heute neigen sie sich dem Niederdeutschthum zu, um die belgischen Liberalen zu bekämpfen. Würde unserem Staate durch die flämisch-belgischen Provinzen ein Zuwachs an clericalen Elementen (die dort bekanntermaßen sehr stark vertreten sind) zu Theil, so würde dadurch ein unversöhnlicher Dualismus entstehen.

Bis vor ungefähr 10—15 Jahren herrschte hier noch ein alter Groll gegen Alles, was belgisch war. Diese Erinnerungen an den Aufstand und die Kostrennung sind glücklich überwunden und man ist zu einer ruhigen Würdigung der damaligen Vorfälle gekommen. In Folge dessen ist ein näherer Anschluß der beiden niederdeutschen Sprachstämme, des Flämischen und Holländischen angebahnt. Die Scheldefrage hätte beinahe das gute Einvernehmen zwischen Nord- und Süd-Niederland wieder gestört — ein Beweis, daß es noch nicht feste Wurzel geschlagen hat. Aber ein Verlangen zur Wiedervereinigung hat sich weder hier noch im Süden offenbart, ja man ist in Holland herzlich froh, daß man von den belgischen Brüdern erlöst ist.

Nach langem Hadern zwischen unsern Parteien, nach vielem Wechsel conservativer und liberaler Ministerien sind wir endlich dahin gekommen, daß die Regierung über eine große Majorität in der zweiten Kammer verfügen kann; endlich ist die Zeit da, um durchgreifende Maßregeln zur Reform unserer Zustände zu nehmen. Wir haben unsere coloniale Frage zu lösen, mehrere Gesetze, die schon vor zehn Jahren hätten zu Stande gebracht werden müssen, sind noch nicht einmal entworfen; andere warten der Berathschlagung; unser ganzes Besteuerungswesen bedarf dringend radicaler Umgestaltung. Müßten wir nicht mehr wie unklug sein, wenn wir durch Erweiterung unseres Territoriums das Verhältniß unserer Parteien wieder verrücken, jede thatkräftige Regierung unmöglich machen wollten?

Außerdem wünschen wir überhaupt keine Veränderung der europäischen Karte, da wir dabei Nichts gewinnen, wohl aber verlieren können. Wir wünschen mit all' unsern Nachbarn in freundlichem Verhältniß zu leben und fürchten uns zugleich ungebührlich irgendwo Anstoß zu geben.

Endlich hat die niederländische Regierung mit dem französisch-belgischen Eisenbahn-Vertrag nichts zu thun. Was die Uebereinkunft mit der Gesellschaft der hiesigen Staatsbahnen betrifft, so handelt sich um ein rein finanzielles Geschäft, welches die Regierung nur angeht, so weit unsere Finanzen dabei berührt werden, und worüber doch nur unsere Kammern einen endgültigen Beschluß nehmen können. Es ist kaum glaublich einen strategischen Vortheil für Frankreich darin zu sehen, daß eine Bestimmung getroffen ist, nach welcher durchgehende Züge der französischen Ostbahn nach Rotterdam, Bliessingen oder Utrecht gehen sollen, jedoch ausschließlich mit niederländischen Locomotiven und Beamten!

Da wir keine Großmacht sind, haben wir überhaupt wenig Lust dazu uns mit auswärtiger Politik zu placken. Unsere innern Zustände sind durchaus noch nicht der Art, daß wir nicht Stoff genug zur Beschäftigung hätten. Nach dem Siege, den die Liberalen davon getragen haben, sollte man glauben, die Schulfrage wäre so ziemlich erledigt. Aber dem ist nicht so. Die Hefigkeit der Clericalen hat bedeutend zugenommen, was wohl darin seinen Grund hat, daß früher hauptsächlich nur die protestantischen „Antirevolutionäre“ die Agitation gegen die Schule betrieben, wogegen in der letzten Zeit die Ultramontanen diese Aufgabe mit übernommen haben und dabei mehr Talent und Energie entwickeln als jene. Das hat aber auch den Vortheil, daß das Ziel dieser Partei deutlicher zu Tage tritt. Früher klagte man über den materialistischen Geist, der im Unterrichtswesen herrsche; und da man die Beweise für diese Behauptungen nicht liefern kann, so wendet man sich jetzt gegen die Wissenschaft selbst. In einer öffentlichen Rede bei der Uebergabe des Rectorats, behandelte der Professor Dozy neulich die Ursache des Verfalls des Unterrichtswesens bei den Mohamedanen, und schrieb denselben dem Umstande zu, daß die Schulen in den Händen der Priester seien. Er schloß mit der Warnung unser Unterrichtswesen in die Hände der Kirche zu legen. Herr Alberding-Thym, einer der ultramontanen Führer, verlangte in der „Dietsche Warande“ sofort, die Regierung solle den Professoren solche Nebenverbieten, da der Staat auf diese Weise durch einen von ihr bezahlten Beamten seine constitutionelle Neutralität verlasse. Es ist also deutlich: die Clericalen verlangen Unterdrückung alles Unterrichtes, der mit dem Glauben, dem Dogma, streitet. Der Staat soll der freien Wissenschaft den Todesstoß geben, und ein blindes Werkzeug in den Händen der Kirche werden; natürlich der katholischen.

Herrn Groen van Prinsterer, dem Führer der „Antirevolutionäre“, wird bei dieser Thätigkeit wohl bange werden. Seine Partei ist die altreformirte, welche die Aussprüche der Dordrechter Synode aufrecht erhalten und den Staat zu diesem Zwecke benutzen will. Würde wirklich die neutrale Schule beseitigt, so entstände sofort der heftigste Religionsstreit zwischen Reformirten und Katholiken, bei welchem die Letztern wahrscheinlich den Kürzeren ziehen würden. Was nun die „Antirevolutionäre“ eigentlich wollen, ist nicht klar. Daß sie die Schulen in ihren Händen haben wollen, wissen wir zwar, aber man hört Herrn Groen auch immer wieder von den revolutionären Principien unserer Constitution reden. Ob wir wieder zurückkehren sollen zu der frühern Republik? Das durchaus nicht, ja die „Antirevolutionäre“

sind zuweilen ultrarevolutionär. Lieft man die Schriften des Herrn Groen, dann wird man nicht viel klüger, da er seine Meinung nie irgend deutlich sagt, es wäre dann, daß er sich auf Stahl, dessen Autorität ihm über Alles gilt, beriefe. Nicht-Holländer können ihn am Besten aus seinen beiden Broschüren kennen lernen: *La Prusse et les Pays-bas* und *l'Empire prussien et l'Apocalypse*. Aber eben als Agitator erregt der Mann sehr viel Aufsehen und nimmt eine nicht unbedeutende Stellung bei unsern jetzigen Zuständen ein.

Es ist bemerkenswerth, daß an der Spitze der beiden kirchlichen Parteien zwei bedeutende Historiker stehen: Herr Groen, der vom calvinistischem Standpunkte die Fahne der Dranier hoch hält, wogegen Herr Dr. Nuyens in seiner Geschichte des niederländischen Aufstandes die Protestanten und nicht am wenigsten die Dranier angreift.

Die Conservativen spielen bei der Schulfrage eine traurige Rolle. Sie haben sich früher der „Antirevolutionäre“ zur Erreichung ihrer Zwecke bedient, was ihnen aber bei den letzten Wahlen nicht gelungen ist. Ihre Bedeutung ist dadurch sehr gesunken, und da sie doch eigentlich nur durch persönliche Antipathien von den Liberalen getrennt sind, so wäre es besser sie schlossen sich jetzt wieder denselben an. Aber der Stoff, aus dem sie gebildet sind, ist derjenige der frühern Aristokraten und Regenten der Republik. In ihrer Erinnerung lebt noch immer die Zeit, wo man es bis zur Souveränität der einzelnen Städteregierungen gebracht hatte, wo ein Bürgermeister von Groningen sagen konnte: Ich gehöre zu den Königen des Landes! Nach der einen Seite bekämpfen sie die Souveränität des Volkes und berufen sich auf die Rechte der Krone, wenn diese zu ihren Gunsten ausgelegt werden können, während sie dieselben ohne Bedenken wieder angreifen, wo sie ihnen im Wege stehen.

Die Conservativen und die „Antirevolutionäre“ haben ebenso wenig wie die Liberalen von der Vereinigung mit Flandern etwas zu erwarten. Es blieben also nur noch die Ultramontanen übrig, die vielleicht ihren Vortheil dabei haben würden. Zwar erwüchse ihrer Partei dadurch ein bedeutender Zuwachs, aber bisher haben sie behauptet, die niederländischen Katholiken bildeten eine geschlossene Phalanx; bei ihnen herrsche vollkommene Uebereinstimmung. Mit Flandern erhielten wir aber auch eine liberale katholische Partei, die auch in Holland Anhänger finden würde, und dadurch würde die Uebermacht der Ultramontanen in dem katholischen Lager gefährdet. Jedenfalls ist auch von dieser Seite noch kein Wunsch zu einer solchen Vereinigung ausgesprochen.

Aber auch aus materiellen Rücksichten würde man sich derselben hier widersetzen. Man wird eine Wiederholung der Zustände vor dem Jahre 1830 fürchten, wo der Handel Amsterdam's sehr viel von der Concurrenz Antwerpens zu leiden hatte, abgesehen noch von den schutzzöllnerischen Sympathien der Belgier, denen unsere Neigung zum Freihandel durchaus zuwider ist.

Es liegt nicht in der Natur unserer Zustände, daß wir aus unserem passiven Verhalten dem Auslande gegenüber heraustreten, so lange wir nicht von Außen dazu gezwungen werden; und das deutsche Publicum darf jeden Bericht, der von anderen als diesen Gesinnungen bei uns weiß, ruhig als unrichtig bei Seite legen.

---

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Eckardt.  
Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Wegler in Leipzig.